



Rede Raouf Ben Debba

36. Mitgliederversammlung 20. Mai 2015

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Zribi,
Lieber Andreas Reinicke, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland,
Liebe Mitglieder,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie, liebe Mitglieder und Gäste, so zahlreich zu unserer 36. Mitgliederversammlung erschienen sind.

Liebe Lamia Zribi, lieber Andreas Reinicke, es ehrt uns sehr, dass Sie in guter alter Tradition hier sind. Ich danke Ihnen beiden für die hervorragende Kooperation, die wir als AHK mit Ihnen seit Jahren haben und die sich in der letzten Zeit im Rahmen der Transformationspartnerschaft noch vertieft hat.

Wenn eine Regierung nun heute genau 104 Tage im Amt ist, liegt es nahe, auf die 100 Tage – Bilanz der Regierungsmannschaft zu schauen. Zumal Premierminister ESSID selbst die 100 Tage – Zeitspanne ins Spiel brachte.

Es heißt, dass diese Schonfrist auf Franklin D. Roosevelt zurückzuführen ist. Als er als US-amerikanischer Präsident sein Amt antrat, vereinbarte er mit der Presse, ihm 100 Tage zu lassen. Erst danach sollte sie seine Arbeit beurteilen. Roosevelt forderte dies, um seine Politik gegen die große Weltwirtschaftskrise starten zu können.

Wir befinden uns zum Glück nicht in einer globalen Wirtschaftskrise wie in den 30iger Jahren. Die Lage heute stellt jedoch sicherheitspolitisch und wirtschaftlich für Tunesien ebenfalls eine riesige Herausforderung dar. Bei aller Ungeduld von Wirtschaft und Bürgern auch dieser Regierung mussten 100 Tage zugestanden werden, sich zu sammeln, sich zu organisieren. Und in einem solchen Kontext ist es für mich nur schwer nachzuvollziehen, dass man Montagsmorgens auf dem Weg zur Arbeit 20 km zurücklegen kann, während der Radiosprecher aufzählt, wer für diese Woche alles Streiks angekündigt habe.



Meine sehr verehrten Damen und Herren,
aus Sicht der AHK Tunesien ist es richtig, dass die Regierung das Thema Sicherheit ganz hoch auf die Agenda gesetzt hat. Unsere AHK-Umfrage vom Frühjahr zeigt dies eindeutig: Da ist zum einen der Umstand, dass der Staat sich für die Unversehrtheit seiner Bürger einzusetzen hat. Aber da ist auch die wirtschaftliche Komponente. Große internationale Konzerne schreiben Aufträge innerhalb der Gruppe aus. Das tunesische Werk wird es im konzerninternen Wettbewerb schwer haben, den Zuschlag zu erhalten, wenn in der Konzernzentrale der Eindruck vorherrscht, dass Tunesien nicht sicher ist. Dasselbe gilt für tunesische Unternehmen, die Lieferanten oder Auftraggeber überzeugen müssen. Außerdem wird es schwer sein, gute Ingenieure, nach Tunesien zurückzuholen, wenn die Sicherheitslage nicht ansprechend ist.

Neben der Sicherheitslage ist für uns ein zweiter Punkt wichtig. Es heißt, Bill Gates habe Microsoft in einer Garage begonnen. In Deutschland wurde dann in den 90er Jahren gewitzelt, dass Bill Gates in Deutschland noch auf seinen Gewerbeschein warten würde, hätte er in Deutschland begonnen... während er in den USA schon seine erste Millionen umsetzte.

Microsoft feierte gerade im April sein 40jähriges Jubiläum. Den wievielsten Geburtstag hätte Microsoft gefeiert, wenn es in Tunesien gestartet hätte?

Ich weiß, dass ich hier sehr zuspitze. Aber ich möchte damit deutlich machen, dass es dringend notwendig ist, Bürokratie abzubauen und Freiraum für Unternehmer zu schaffen. Hier ist dringend Mut in der Regierung und im Parlament von Nöten.

Das Dickicht der Vorschriften und der Bürokratie muss angegangen werden. Und nicht nur mit einer kleinen Nagelschere sondern mit einer Heckenschere. Und wenn versehentlich etwas zuviel weggeschnitten wurde, muss es nachgepflanzt werden.

„Zuviel“ Begrenzung in unproblematischen Sektoren verursacht einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden, würgt Unternehmertum ab und nimmt jungen Leuten eine Zukunftsperspektive. Dieser Schaden ist gerade in der aktuellen Phase deutlich größer, als wenn nachträglich auf vereinzelte Fehlentwicklungen reagiert werden muss.



Ich glaube, die Verhandlungen zu einem umfassenden Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union bieten eine Chance für die Regierung Bereiche zu liberalisieren. Und parallel richtet sich meine Bitte an den Botschafter, dass sich die deutsche Regierung in Brüssel für Tunesien weiter einsetzt.

Abbau von Bürokratie und die Eroberung neuer Märkte bedarf einer soliden Infrastruktur. Das reicht von den Regionen bis hin zum Hafen in Radès, der ein Lungenflügel unserer Wirtschaft ist. Wer sich nicht ausreichend darum kümmert, läuft Gefahr einer Lungenembolie.

Liebe Kollegen, auch wir haben unsere Hausaufgaben zu machen. Wir als Unternehmer müssen weiterhin an Tunesien glauben und in den Standort investieren. Mit Investieren meine ich hier nicht nur materielle Investitionen, sondern auch Investitionen in die Humanressourcen, Investitionen in die Ausbildung. Jeder von uns kann mit gutem Beispiel vorangehen und in seinem Unternehmen peu à peu einen Mentalitätswandel vorantreiben. Erfolgreiche Volkswirtschaften leben vom Engagement des Einzelnen, von der Bereitschaft die Ärmel hochzukrempeln und mit anzupacken.

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,
entschuldigen Sie meine Offenheit. Wir, die AHK Tunesien mit ihren mehr als 700 Mitgliedern, und die tunesische Regierung sind Verbündete darin, Arbeitsplätze in Tunesien zu sichern und neue zu schaffen, Investitionen zu stärken und neue anzuziehen, neue Sektoren anzusprechen. Aber unter Verbündeten muss man auch deutlich Sorgen ansprechen dürfen.

Es gibt viele positive Aspekte beim Standort Tunesien. Unsere Frühjahrsumfrage geht auf zahlreiche Vorteile ein: die Nähe zu Europa, interessante Produktionskosten, in vielen Bereichen sehr gut ausgebildete Mitarbeiter. Wichtig ist außerdem die Feststellung, dass der größte Teil der deutschen Unternehmen an den Standort glaubt und positive Entwicklungen hat.

Und mit diesen Aussagen wirbt die AHK in Deutschland für den Standort Tunesien. 25 Termine, u.a. bei den regionalen Industrie- und Handelskammern und auf internationalen Messen stehen dieses Jahr an. Und häufig unterstützen Sie uns liebe Mitglieder, in dem Sie von Ihren positiven Erfahrungen in Tunesien berichten. Auch Deutschland unterstützt uns. Die deutsche Regierung glaubt fest an Tunesien und unterstützt das Land in vielen Bereichen. Ich denke da unter anderem an die Transformationspartnerschaft oder auch die Energiepartnerschaft. Der Besuch des deutschen Präsidenten Joachim Gauck vor kurzem unterstrich diese Unterstützung.

Wir alle wissen, dass die aktuelle Regierung große Herausforderungen angehen muss. Wenn ich mir anschau, was ich eben alles an Reformen gefordert habe, ist mir bewusst, wie wichtig es ist, diese Veränderungen den beteiligten Unternehmen und insbesondere den Bürgern zu erläutern. Ich biete hier ausdrücklich an, liebe Frau Zribi, dass wir für Konsultationen zu Gesetzentwürfen gerne zur Verfügung stehen. Greifen Sie gerne auf das Know-How der Unternehmen, wie sie hier vertreten sind, zurück.

Lassen Sie uns die Chance nutzen, die wir haben und Tunesien zu einem besseren Ort machen.